



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Anfertigungsgebühr für den Raum einer fünfzehnteiligen Seite in Breitschrift 1/2 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 164. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trowendt.

Montag, den 7. April 1862.

Telegraphische Nachrichten.

London, 5. April. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses verlangt der Marquis von Normanby die Vorlegung von Depeschen in Betreff der Unterdrückung des Nubienkriegs im Neapolitanischen. Carl Russell erklärte sich dazu bereit. Auf eine Interpellation Lord Kinnaird's erwiderte Carl Russell, die Berichte über die Behandlung, welche Kamoyssi in Warschau erfahren, wichen von einander ab und amtliche Angaben fehlten.

Im Unterhause sprach Herr Denman lange über die Unterdrückung Bosens seit seiner Theilung und beantragte die Vorlegung der betreffenden Aktenstücke aus den pariser Konferenzen. Lord Palmerston äußerte sich mit Theilnahme über Bosen, warf einen Rückblick auf dessen Geschichte, verdammt den Wortbruch, dessen man sich gegen Bosen schuldig gemacht habe, rechtfertigte die Revolution von 1830, bedauerte aber die neuesten Demonstrationen, weil sie, ohne Aussicht auf Erfolg, bloß aufreizend wirkten, und die Bosener würden wohl daran thun, abzumachen, und versicherte, daß eine Einmischung Englands nutzlos sein würde. Denman zog, nachdem noch mehrere Redner über den Gegenstand gesprochen, seinen Antrag zurück.

Die Regierung läßt den Bau von hölzernen Schiffen und Küsten-Forts vorerst ganz einstellen und Eisen-Fregatten und Kuppelschiffe bauen. (Zum Theil beides bereits gemeldet.) (R. 3.)

Preußen.

Berlin, 5. April. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Geh. Hofrath Wahlaender zu Berlin den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse zu verleihen; ferner die Kreisrichter Küster in Pyritz und Wer in Gollnow zu Kreisgerichtsräthen zu ernennen und dem Kreisgerichtsrath Secretair Lehmann in Pyritz den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Der Lehrer am Königl. Waisenhaus zu Königsberg, Predigtamtscandidat Fischer, ist zum ersten Lehrer an dem evangel. Schullehrerseminar in Pr.-Gpslau ernannt worden.

[Marine.] Der Staats-Anzeiger bringt nachstehende allerhöchste Ordre an das Marine-Ministerium:

„Auf Ihren Vortrag bestimme Ich, daß das See-Bataillon und die See-Artillerie statt des Helmes mit einem leichten Gafot von Filz mit blauem Luchbezug, lackirtem Lederdeckel, ledernem Vorderbüchsen und Kinnriemen, und bronzenem Anker mit der Aufschrift: „Mit Gott für König und Vaterland“ nach der hier beifolgenden Probe ausgerüstet werden. Als Zubehörstücke des Gafots bestimme Ich einen Wachstuchbüchsen mit Nadelnapp zum Gebrauche bei schlechtem Wetter, und einen gleichartigen weissen Ueberzug zur Verhütung in heißen Gegenden. Ferner bestimme Ich, daß das See-Bataillon mit dem Füsiliers-Gewehr M/60 mit dazu gehörigem Seitengewehr bewaffnet werde und daß die Offiziere des See-Bataillons den Säbel der See-Offiziere tragen. Berlin, den 6. Februar 1862. (gez.) Wilhelm. (gegenges.) von Noon. (St.-M.)

[Militär-Wochenblatt.] v. Brandt, Sec.-Lt. vom 1. Oberstl. Inf.-Regt. Nr. 22, in das 1. Bof. Inf.-Regt. Nr. 18 versetzt. Denselben, Pr.-Lt. vom 1. Bof. Inf.-Regt. Nr. 18, von dem Kommando als militärischer Inspekt. bei der Ritter-Akademie in Liegnitz entbunden. Graf v. Harbenberg, Oberst-Lt. a. D., zuletzt als Major aggr. dem 2. Garde-Ulanen-Regt. und Adjutant der 5. Division, die Genehmigung zum Tragen der Uniform des Garde-Fußaren-Regts., anstatt der des 2. Garde-Ulanen-Regiments, ertheilt. v. Hingmann-Hallmann, Maj. a. D., zuletzt Mittm. u. St.-Chef im 5. Kürassier-Regt., dem jetzigen Westpr. Kür.-Regt. Nr. 5, der Charakter als Oberst-Lt. verliehen. Witte, Major zur Disp., zur Zeit erster Inspektant der Examinanden bei der Ober-Militär-Examinations-Kommission, früher Hauptmann und Komp.-Chef im 15. Inf.-Regt., dem jetzigen 2. Westfälischen Inf.-Regt. Nr. 15, der Charakter als Oberst-Lt. verliehen. v. Reinhardt, Major a. D., zuletzt im 4. Garde-Gren.-Regt. Königin, mit seiner bisherigen Pension und der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des 4. Garde-Gren.-Regts. Königin zur Disp. gestellt. v. Orbe, Major zur Disp. und Führer des 2. Aufg. des Bats. 4. Westf. Regts. Nr. 17, von diesem Verhältnis entbunden, und mit seiner bish. Pension nebst der Uniform des Westf. Ulanen-Regts. Nr. 5, in den Ruhestand versetzt. Keller, Major a. D. und Führer des 2. Aufg. des Bats. 36, von diesem Verhältnis entbunden. Döring, Major und Führer des 2. Aufg. des Bats. Graftrath Nr. 40, der Abchied mit seiner bish. Uniform, wie solche bis zum Erlaß der Ab.-Ordre vom 2. April 1857 getragen wurde, bewilligt. Naujester, Olegau, Geh. Kriegsrath vom Kriegsministerium, zu Wirkl. Geh. Kriegsrath und Räthen zweiter Klasse ernannt. Polengarth, Wuschinsky, Räthler, Detoffiziere 2. Klasse, zu Wertheimern ernannt.

Berlin, 6. April. [Nun auch noch der Oberkirchenrath!] Der evangelische Oberkirchenrath hat behufs der nächsten Wahlen für das Abgeordnetenhaus dem Vernehmen nach ebenfalls an die Konfessionen eine Verfügung ergehen lassen, aber eine äußerst milde. Es wird nämlich darin gesagt, daß es nicht Sache der Kirche ist, sich an den Wahlagitationen zu betheiligen; gleichzeitig wird die Hoffnung ausgesprochen, daß kein Geistlicher sich zu einem extremen Schritte hinreißen lassen werde. Im Allgemeinen wird bemerkt, daß die excentrische Parteibestrebungen sich mit dem geistlichen Stande nicht vereinigen. Es soll jedoch dem Geistlichen in seiner Doppelstellung zur Kirche und zum Staate auch sein persönliches Recht in keiner Weise vermindert werden. Schließlich wird auf den Ausspruch der Schrift hingewiesen: Fürchte Gott und ehre den König!

Berlin, 5. April. [Der Handelsvertrag mit Frankreich.] Die zwischen den Bevollmächtigten Preußens und Frankreichs vereinbarten, am 29. v. M. paraphirten Verträge und Tarife bestehen aus einem Handels-, einem Schiffsfahrtsvertrag, einer Uebereinkunft, die Zollabfertigung des internationalen Verkehrs auf den Eisenbahnen betreffend, einer Uebereinkunft wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst und zwei Tarifbeilagen.

Die wesentlichen Bestimmungen des Handelsvertrages sind folgende: Zu den in den beiden Tarifen verzeichneten Zollfäßen werden in Frankreich alle aus dem Zollverein herkommenden oder in denselben verfertigten Gegenstände bei ihrer unmittelbaren Einfuhr zu Lande wie zur See unter der Flagge eines Zollvereins-Staates oder unter französischer Flagge zugelassen. Für aus Frankreich herkommende oder dafelbst verfertigte Gegenstände gelten bei der Einfuhr in den Zollverein dieselben Bedingungen.

Zollvereins-Waaren, über die hanseatischen Häfen an der Elbe und Weiser, oder vermittelt belgischer oder schweizerischer Eisenbahnen in Frankreich eingehend, werden als unmittelbar eingeführt angesehen.

Die Ausgangsabgaben sind beiderseitig aufgehoben. Eine Ausnahme sind nur in Frankreich Lumpen und Abfälle aller Art von Papierfabrikation, und altes Lauwerk, für die ein Ausfuhrzoll von resp. 12 und 4 Fr. für 100 Kilogramm bestehen bleibt; und für den Zollverein ebenfalls Lumpen und Abfälle zur Papierfabrikation (mit 1/2 Thlr.) und altes Lauwerk (mit 1/2 Thlr. für den Zoll-Centner).

Aus dem Zollverein herkommender Spiritus und Weingeistfäßen zahlen beide in Frankreich außer der im Tarif A festgesetzten Eingangsabgabe die einheimische Verbrauchsabgabe von 90 Fr., ersterer für den Hektoliter, letzterer vom Hektoliter reinen in dem Fäßen enthaltenen Weingeist. Eine Zugabgabe zahlen auch verschiedene chemische Produkte und Glas- und Glaswaaren, so lange daß zu ihrer Darstellung verwandte Salz in Frankreich nicht von der Verbrauchsabgabe befreit ist. Diese Zugabgaben hören jedoch ganz auf oder werden ermäßigt, wenn die in Frankreich gegenwärtig gewöhnlichen Ausfuhrvergütungen aufgehoben oder herabgesetzt werden.

Die aus dem Gebiete des einen der beiden Theile herkommenden und in die Gebiete des anderen Theiles eingeführten Waaren jeder Art dürfen feiner höheren inneren oder Verbrauchssteuer unterworfen werden, als die gleichartige Waare einheimischer Erzeugung. Französische Weine, Branntweine und Fette, welche der Eingangsverzollung unterliegen, bleiben

von jeder weiteren, für Rechnung des Zollvereins, einzelner Vereinststaaten oder einer Kommune oder Corporation erhobenen Steuer frei.

Die aus Frankreich über die Landgrenze eingehenden Waaren jeden Ursprungs sollen bei dem Eingang in den Zollverein zu denselben Abgaben zugelassen werden, als wenn sie direkt aus Frankreich zur See und unter französischer Flagge eingehen. Aus dem Zollverein über die Landgrenze eingehende Waaren werden zum inneren Verbrauch in Frankreich gegen diejenigen Abgaben zugelassen, welche für die unter französischer Flagge aus andern als den Ursprungsländern kommenden Waaren bestehen.

Abkunft oder Fabrication der eingeführten Waare ist der Zollverwaltung des anderen Landes nachzuweisen durch amtliche Bescheinigungen der zuständigen Orts- oder Steuerbehörde, oder des Consuls, der für das Land, wobin die Waare bestimmt ist, in dem Versendungsort fungirt. Die Werthzölle werden nach dem Werthe am Orte des Ursprungs mit Hinzurechnung der bis zum Orte der Eingangsabfertigung erforderlichen Transport-, Versicherung- und Commissionskosten bemessen. Hält die Zollbehörde den deklarirten Werth der Waare für unzulänglich, so ist sie berechtigt, die Waare gegen Bezahlung des deklarirten Werthes mit einem Zuschlage von 5 pCt. zu behalten.

Durchgangsabgaben sind in beiden Gebieten aufgehoben. Die französische Regierung hält nur das Verbot der Durchfuhr von Schießpulver aufrecht, und behält sich vor, die Durchfuhr von Kriegswaffen von besonderen Ermächtigungen abhängig zu machen. Im Zollverein ist die Durchfuhr des Salzes von besonderer Erlaubnis abhängig.

Die gegenseitigen Unterthanen genießen hinsichtlich des Reisens und Aufenthalts dieselben Rechte wie die Inländer, dürfen Häuser, Waarenlager oder Grundstücke mieten oder besitzen, ohne mit anderen Abgaben oder Verpflichtungen als der Inländer beschwert zu werden, und genießen in Bezug auf Handel und Gewerbe dieselben Vorrechte und Befreiungen. Handelsreisende, die in Frankreich als solche gehörig patentirt sind, können ihr Geschäft im Zollverein betreiben, ohne Gewerbesteuer zu erlegen. Dieselbe Vergünstigung genießt der Zollverein in Frankreich.

Gegenseitiger Schutz der Bezeichnung oder Etiquettirung der Waaren oder der Verpackung, der Muster und der Fabrik- und Handelszeichen ist zugesichert, diesem Artikel aber ausdrücklich die rückwirkende Kraft genommen.

Die Bestimmungen des Handelsvertrages finden auch auf Algerien sowohl für die Ausfuhr nach, wie für die Einfuhr von dort Anwendung. Bei zukünftigen Veränderungen des Tarifs oder anderen Vergünstigungen sichern sich die beiden kontrahirenden Theile gegenseitig die Rechte der meistbegünstigten Nation zu. Der Vertrag ist auf 12 Jahre, vom Tage des Austausches der Ratification an, abgeschlossen, und bleibt, wenn er nicht zwölf Monate vor Ablauf dieser Frist gekündigt ist, in Geltung bis zum Ablauf eines Jahres, von dem Tage an, an welchem einer der beiden Theile denselben gekündigt hat. Ist sich vor Ablauf des obengedachten Zeitraums der Zollverein auf, so treten die in dem Vertrage enthaltenen wechselseitigen Verpflichtungen gleichzeitig mit den Zollvereins-Verträgen außer Kraft. (Stern-Ztg.)

Berlin, 6. April. [Das Schreiben des Herrn von der Heydt (s. unser gestriges Morgenblatt) an den Kriegsminister ist echt.] Die „Voss. Ztg.“ schreibt: „In Folge der Veröffentlichung der in der gestrigen Zeitung enthaltenen, und anonym zugegangenen Mittheilung eines bis gestern Abend wenigstens nicht dementirten Schreibens des Herrn Ministers v. d. Heydt an den Kriegsminister Herrn von Noon fanden gestern Mittag Nachforschungen bei uns in Betreff des Manuskripts jenes Schreibens statt. Herr Staatsanwalt v. Schelling erschien in Begleitung eines Criminal-Commissarius, forderte das Manuskript von dem Factor Binder, wobei eine Androhung von sofortiger Verhaftung im Weigerungsfalle ausgesprochen wurde, und da das Manuscript in der Druckerei nicht vorhanden war, wurde ein Schlosser geholt, um die um diese Zeit geschlossene Redaktion zu öffnen. Mittlerweile kam Dr. Lindner nach Hause, zu dem am Abend vorher das Manuscript gebracht worden war. Derselbe erklärte, daß dasselbe nicht mehr vorhanden sei. Nach einer Recherche in dessen Privat-Wohnung entzifferten sich die beiden Herren wieder.“ Die „Stern-Ztg.“ berichtet: „Die gestrige „Voss. Ztg.“ hat ein vertrauliches Schreiben des Herrn Finanzministers an den Herrn Kriegsminister der Öffentlichkeit übergeben, welches ihr angeblich anonym zugegangen ist. Dasselbe kann nur auf strafwürdigem Wege in den Besitz des Einsenders gelangt sein, und es ist deshalb die Sache bei der Staatsanwaltschaft anhängig gemacht. Von der Redaktion der „Voss. Ztg.“, welche auf Ehrenhaftigkeit Anspruch macht, darf erwartet werden, daß sie einer Untersuchung, welche auf die Entdeckung eines augenscheinlich schweren Verbrechens gerichtet ist, keine Schwierigkeiten bereiten wird.“ Dazu ist bloß notwendig, daß die „Stern-Ztg.“ die Güte hat, der „Voss. Z.“ den anonymen Einsender namhaft zu machen.

Berlin, 6. April. [Vom Ministerium.] — Jagdent-schädigungs-Gesetz. — Tabaksteuer. — Der Richter von Zalamea. — Confiscationen.] Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf v. Bernstorff, hat sich heute auf einen Tag nach Dresden begeben, um seinen dort lebenden, seit längerer Zeit erkrankten, Schwiegervater zu besuchen. — Heute Vormittag 10 1/2 Uhr trat das Staats-Ministerium im Herrenhause zu einer Sitzung zusammen. — Die „Voss. Ztg.“ schreibt: Der Minister Graf Tzenpliz gehört zu denjenigen Herrenhausmitgliedern, welche bei jeder Gelegenheit ihre tiefe Entrüstung über das Gesetz vom 31. Oktober 1848, das bekanntlich die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden aufhob, laut äußerten. Graf Tzenpliz stimmte auch allemal für diejenigen Anträge, welche eine Aufhebung jenes Gesetzes und eine Entschädigung für die, wie es im Herrenhause gewöhnlich hieß, „auf schmachtvolle Weise Verübten“ bezweckten. Graf Tzenpliz wird nun dem Landtage ein Jagdgesetz vorlegen, und da anzunehmen ist, daß er seinen im Herrenhause stets mit Nachdruck geäußerten Ansichten treu bleiben wird, so bitten wir die Wähler, vor allem die ländlichen, diesen überaus wichtigen Punkt wohl zu bedenken. Es wird nöthig sein, daß man den ländlichen Wählern überall die drohende Gefahr, falls die feudale Partei im Abgeordnetenhaus die Mehrheit erzielte, recht klar mache. — An der Abicht, eine Tabaksteuer einzuführen, wird mit großer Zähigkeit festgehalten. Wie der „V. B.-Z.“ mitgetheilt wird, dürfte der Finanzminister vorschlagen, die inländische Production mit 4 Thlr. pro Centner, die ausländische Einfuhr mit 8 Thlr. pro Centner zu belasten. Da die Frage jedoch noch in dem Stadium der Beratung ist, so ist es auch möglich, daß diese Sätze noch einer Aenderung unterliegen. — Die „Hamburger Nachrichten“ theilten vor einigen Tagen mit, daß die Aufführung des Calderon'schen Schauspiels: „Der Richter von Zalamea“ auf höhere Einwirkung unterblieben sei. Der „Publizist“ meldet darüber Folgendes: Der „Richter von Zalamea“ war bereits von der Censur zur Aufführung gestattet, als unsere Notiz über das Stück die große Zeitgemäßheit desselben andeutete. (Es dreht sich das Stück namentlich um die bürgerliche, gegenüber der soldatischen Ehre.) Drei Tage darauf erhielt der Director Cersf ein Schreiben des interimistischen Polizei-Präsidenten v. Winter mit dem Ersuchen, zu ihm zu kommen, da er ihm im allerhöchsten Auftrage eine Mittheilung zu machen habe. Herr Cersf erschien und erfuhr nun, daß ihm die Aufführung

des Stückes allerdings nicht verwehrt werden könne und solle, daß es aber unter den jetzigen Umständen wegen der zu erwartenden Demonstration wünschenswerth erschiene, wenn die Aufführung unterbleibe, wozu sich Herr Cersf aus ihm so nahe liegenden Rücksichten gewiß verstehen werde. Herr Cersf hat sich denn auch wirklich dazu verstanden, wiewohl es sehr fraglich ist, ob die Aufführung des Stückes im Interesse der betreffenden Kreise nicht ratsamer gewesen wäre, als die jetzige Nicht-aufführung. — Die heute erscheinende erste Nummer der neuen demokratischen Wochenschrift „der Fortschritt“ von Ludw. Walebrode und die heutige Nummer der „Tribüne“ sind polizeilich mit Beschlag belegt worden.

[Berichtigung.] Die frankfurter „Zeit“ hat vor Kurzem die Mittheilung gebracht, die Regierung gebe damit um, die Wahl von Beamten durch die Anordnung zu erschweren, daß der Gewährte selbst, und zwar auf eigene Kosten, für angemessene Stellvertretung Sorge zu tragen habe. Die Regierung, so hieß es weiter, würde dann in jedem einzelnen Falle den Stellvertreter nach Belieben genehmigen oder nicht, und ihre Gegner müßten wohl wenigstens das Gehalt für die Stellvertreter im Stiche lassen. Die „Stern-Z.“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die Nachricht der „Zeit“ unbegründet ist.

Posen, 4. April. Aus ganz glaubwürdiger Quelle fließt uns die Nachricht zu, daß Befehl ergangen sei, den Pferdebestand bei jedem der neun Trainskämme in wenigen Wochen um 25 Pferde zu verringern. Wenn auch die Ersparnis hierbei nur sehr geringfügig ist, so macht doch diese Thatfache, zusammengehalten mit den Gerüchten von anderweitigen Einschränkungen der Militär-Ausgaben, immerhin die Nachricht wahrscheinlicher, daß der Finanzminister v. d. Heydt den Etat des Hrn. v. Noon um 3 Mill. Thaler herabgeschraubt habe. (Das in der Sonntags-Nummer mitgetheilte Schreiben des Hrn. v. d. Heydt spricht nur von 2 1/2 Mill.) (Süddeutsche Ztg.)

Königsberg, 5. April. [Handwerkervereine.] Von der Staatsanwaltschaft ist die polizeilich angeordnete Schließung des Handwerkervereins, weil derselbe, wie gemeldet, gegen die Vorschriften des Vereinsgesetzes gehandelt haben soll, aufrecht erhalten worden. Dasselbe wird nun Anklage gegen den Vereinsvorstand zu erheben haben, über die, wenn sie von der Rathskammer des Stadtgerichts bestätigt werden sollte, in öffentlicher Sitzung verhandelt werden muß. — Den Beamten des hiesigen ostr. Tribunals wurde am Donnerstage das Reskript des Ministers über die bevorstehenden Wahlen durch den Hrn. Justizrath Kanzlei-Direktor Bittendorff bekannt gemacht, welcher noch besonders hervorhob, daß sich die Beamten jeglicher Agitationen bei den Wahlen zu enthalten hätten. (R. 6. 3.)

Köln, 5. April. [Judenverfolgung.] Heute wurde erzählt, es sei gestern in oder bei einer am Alten Ufer belegenen Fabrik die mit Stich- und Schnittwunden bedeckte Leiche eines 16- bis 17-jährigen Mädchens gefunden worden. An dieser Schauerthat ist auch nicht ein wahres Wort. Sie wurde aber, vielleicht in Folge einer seit mehreren Wochen hier in der niederen Volkschicht herrschenden Aufregung der Gemüther, nichtbestoweniger willig geglaubt und weiter verbreitet. Die fragliche Aufregung ist hervorgerufen durch wiederholte seltsame Erzählungen von verschundenen, geraubten oder ermordeten Kindern. Vor etwa 14 Tagen waren deren schon 15 (in einem anderen Stadtviertel sagte man 11) ihren trostlosen Eltern abhanden gekommen. Sie waren, wie verschiedene „Mütter aus dem Volke“ versicherten, von Juden aufgefangen oder mitgelockt worden. Nun stand gestern Abend gegen 9 Uhr ein hiesiger Bürger, Diatar eines Bureau's, an der stilligen Ecke der Trantgasse, sein 10-jähriges Töchterchen an der Hand haltend. Rabe dabei saßen 5 bis 6 Kinder unter der Gaslaterne, sprangen dann auf und riefen, in die Kostgasse laufend: „Do es widder ne Jüdd, da ä Kind oggeschnapp hat; halt welt dat Kind metnemme. Eyr Jüdd, nemmt dem Jüdd dat Kind aff! Verdammte Jüdd, welt do dat Kind gonn lohpe!“ u. s. w. Als bald sammelte sich Volk und Gesindel um den Mann, der seines Vollbartes wegen um so gewisser für einen Juden gehalten und zur Rede gestellt wurde. Dagegen wurden Drohmoorte laut: „Maat da kühl sapott, da Jüddenhunt, da Blotsügger“ u. dgl. m. Alle Erklärungen des Bedrängten waren vergeblich. Um sich der lärmenden und schreienden Menge zu entziehen, ging er die Trantgasse hinauf in die Johannisstraße, insofern die Meute folgte nach, und immer größer wurde der Haufe. Nur die fortwährend behauptete ruhige Haltung des Mannes mochte weitere brutale Excesse verhindern. Unwohl von der Masse, in welcher sich die „Mütter aus dem Volke“ besonders hervorthaten, gelangte er endlich an seine in der Thürmchengasse belegene Wohnung, wo die erhitzen Judenverfolger endlich ihres Irthumes inne wurden und, einer den anderen verlassend, aus einander liefen. Zur selben Zeit etwa passirte Aehnliches, oder richtiger gesagt, Schlimmeres, auf der Friesenstraße. Ein Schreinergeheile, der einen Sad trug, in welchem er Knollen für seine Rannichen gesammelt hatte, erregte die Aufmerksamkeit und den Argwohn einiger Rappusbauernweiber, die sehr bald überzengt waren, daß der Mann kleine Kinder in seinem Sack forttrage. Kaum waren sie in dieser Ueberzeugung befestigt, — denn sie betasteten den Sad, und die Eine fühlte ganz deutlich ein Aermchen, die Andere ein Beinchen, — da fielen sie über den Mann her, rissen ihn zu Boden und riefen weitere Hilfe herbei, die als bald in hellen Haufen herzuwühlte. Nun erfolgte eine Mißhandlung des Armen, bis zu dem Grade, daß er liegen blieb und weggetragen werden mußte. Vorher aber wurden die fürchtbaren Geheimnisse des Sacks entpuppt. Statt der kleinen Kinder fand man die Knollen! Sollte man Dergleichen heut zu Tage in Köln für möglich halten? Wahrlich nein. Aber wohl dürfte man nicht irren, wenn man solche Vorgänge als warnende Symptome des von mancher Seite so eifrig gehandhabten Verdummungs-Systems betrachtet, dessen Förderer bei Unwissenheit und Wahnglauben des gemeinen Mannes ihre Rechnung zu finden meinen. (R. 3.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 3. April. [Vom Bundestage.] Das Referat des kurhessischen Ausschusses über den Antrag Oesterreichs und Preußens ist dem Sachverständigen Ausschusse übergeben worden. Dieser Uebertragung ging, der augsb. „Allg. Ztg.“ zufolge, die Ablehnung dieser Arbeit von Seiten der Sachverständigen, Sachsens und Hannovers voraus, welche auch Mitglieder des Ausschusses sind. — In der heutigen vollzähligen Bundestags-Sitzung wurde seitens Württembergs und Großherzogthums Hessen zur Anzeige gebracht, daß sie bereit seien, die in Hamburg zusammengetretene Spezial-Kommission für die Beratungen bezüglich der Küstenverteidigungs-Anstalten zu besichtigen; ferner von Seiten Sachsens, daß es einen rechtsgelehrten Kommissar in die am 6. Februar d. J. beschlossene Kommission für eine gemeinschaftliche Civilprozeß-Ordnung abordnen werde; und endlich ließ Nassau die Annahme des Gesetzentwurfes über die in Civilstreitigkeiten gegenseitig zu gewährenden Rechtshilfe anzeigen. Verschiedene Beiträge des Militär-Ausschusses betrafen Festungs-Angelegenheiten. Die Reclamations-Kommission erstattete Vortrag über eine Beschwerde des ehemaligen Regierungsrathes Engel in Altona wegen vermeintlicher Rechtshilfe bezüglich des zugewiesenen, aber (seit 10 Jahren) vorenthaltenen Wartegeldes. Dem Antrage der Reclamations-Kommission entsprechend, beschloß die Versammlung, genannte Regierung durch ihren Gesandten um ihre thunlichst beschleunigte Erklärung über die ihr zu übermittelnde Beschwerde zu ersuchen.

Weimar, 5. April. [Jagdentschädigungsgesetz.] In der heutigen Sitzung des Landtages wurde das Jagdentschädigungsgesetz trotz bestiger Opposition der Linken und nach einer stürmischen Debatte mit 18 gegen 13 Stimmen dem Principe nach angenommen. Die Staatskassa zahlt die Entschädigung.

